

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Telegraph Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1539
Circuläre Riesa Nr. 52.

Nr. 248.

Dienstag, 23. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 20. bis 20. März, 600 Mark mit einem Bringerlohn. Für den Fall des Eintritts von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 39 mm breite Reklamazeile 400 Mk.; getraubende und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Stellenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenzifferzahl. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Titrich, Riesa. Schlußfrist: 13 Millionen.

Der Separatistenputsch greift um sich.

Die bayerische Reichswehr auf den bayerischen Staat verpflichtet. — Reichswehrtruppen in Sachsen eingetroffen. — Blutiger Zusammenstoß in Weißen. — Einschneidende Verordnungen der Reichsregierung.

Die Lage in Sachsen noch ungeklärt.

In Riesa. Hier ist die Lage noch ziemlich ungeklärt. Das Regierungsgebäude, das Rathaus, die Reichspost, die Reichsbank und das Landratsamt sind besetzt; die Sonderbündlerlagere sind auf ihnen. Dagegen ist das Polizeigebäude noch unbesetzt. Im Laufe des Vormittags fanden Besprechungen beim Reichsdelegierten und den Bezirksdelegierten, zwischen der Polizei und der Besatzung sowie zwischen den Sonderbündlern und der Besatzung über die Frage der Ausübung der Polizeigewalt statt. Die Polizei hat, wie es heißt, Abordnungen nach Berlin entsandt. In einem Anschlag am Rathaus wurden die Beamten aufgefordert, die Arbeit heute um 11 Uhr wieder aufzunehmen. Das Gewerkschaftsgebäude ist von Hunderten von Arbeitern besetzt. Die Geschäfte sind fast sämtlich geschlossen. Die Zeitungen erscheinen noch nicht. Weitem vormittags fanden Verhandlungen der Zeitungsvorleger statt. Am Nachmittag haben die einschläglichen der sozialdemokratischen „Freien Presse“, die ursprünglich beschlossene, ihr Erscheinen durchzuführen, bekannt, daß sie infolge der Unterbindung des Nachrichtenverkehrs am Erscheinen verhindert seien. Da auch Telefongespräche noch unmöglich sind, ist die Bevölkerung heute über die Lage mangelhaft unterrichtet. Der jetzt bekannt wird, ist bisher ein Opfer des Putches zu verzeichnen: Der Nachschreiber des Rosenbades, Will Köpfer, der am Sonntag morgen dem Hausbesitzer die Wohnung gab, einen Wasseranschlag der Sonderbündler zu entfernen, geriet darüber mit einem vorbeikomenden Sonderbündler in einen kurzen Wortwechsel, wobei der letztere ihm in den Mund schob. Der Mann fand Aufnahme im Krankenhaus.

Ein Gegenstoß in Riesa geplant.

Von sächsischer Seite wird zu den Vorgängen in Riesa mitgeteilt: Die Bevölkerung hat der Besatzungsbehörde mitgeteilt, daß sie den von den Separatisten geschickenen Zustand nicht anerkennen kann und sie würde mit allen Kräften versuchen, die Sonderbündler aus den von ihnen besetzten Orten wieder zu verdrängen. Das Vergehen der Polizei dürfte Klarheit über die Stellung der Bürger schaffen. Alle als Führer in Betracht kommenden Männer, wie alle Parteisekretäre, leitende Beamten, sind französischerseits bereits ausgewiesen worden, jedoch maßgebende Persönlichkeiten für die Bevölkerung fehlen.

Änderung der Rheinischen Republik in Wiesbaden.

In Frankfurt. Die Sonderbündler haben gestern Abend auch in Wiesbaden die Rheinische Republik ausgerufen. Auf dem Rathaus wurde die grün-weiß-rote Fahne. Das Rathaus und die Regierungsgebäude sind von den republikanischen Truppen besetzt. Nähere Nachrichten fehlen zur Stunde noch. Der Telefonverkehr mit Wiesbaden dauert noch an.

In Paris. Genas berichtet aus Düsseldorf: Der separatistische Führer Matthes bezog sich auf die Nachricht vom Ausbruch des Aufstandes nach Düsseldorf und von dort nach Köln. Er hat sein Büro dort eingerichtet und soll die Leitung der Bewegung übernommen haben in der Absicht, sie auf die gesamten Rheinlande auszuweiten. Ob die Dinge sich so leicht vollziehen würden, wie in Riesa, wisse man nicht. Nach einer Meldung des „Temp“ aus Koblenz habe Matthes sich am Nachmittag um 2 Uhr der separatistischen Bewegung angeschlossen.

In Paris. Nach einer vom „Temp“ veröffentlichten Meldung aus Düsseldorf sollen in Waune gestern Vormittag beim Schluß einer separatistischen Versammlung zwei Sonderbündler bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten durch Messerschüsse getötet worden sein. Mehrere Kommunisten sind verletzt worden, darunter einzelne ziemlich schwer.

In Paris. Die Agence Havas verbreitet folgende Meldung aus Mainz: Die Separatisten drangen um 4.30 Uhr in die Stadt ein. Sie wurden mit Schüssen empfangen und zogen sich zurück, um weitere Befehle abzuwarten.

In Trier. Gestern vormittag versuchten Separatisten die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Die getroffenen Vorkehrungen verhinderten aber ein Eindringen der Sonderbündler.

In Koblenz. Gestern vormittag fand eine Ansammlung von Separatisten vor dem Polizeipräsidium statt. Etwa 100 Mann zogen von dort über den Kaiser Wilhelm-Ring vor das Rathaus. Die sich einfindenden Reuglerinnen wurden von der Polizei und von französischen Kavalleriepatrouillen verdrängt. Dabei wurden nach den bisherigen Mitteilungen drei Personen verwundet, die aber nicht zu den Separatisten gehören. Einer der Separatisten, der auf einen Deutschen geschossen hatte, wurde von der Menge verprügelt. Das von der deutschen Polizei abgesperrte Rathaus ist in den Händen der deutschen Behörden.

In Bonn. Der französische Oberdelegierte hat vorseitens der Stadtverwaltung Bonn mitgeteilt, daß die Polizei bis 4 Uhr nachmittags sämtliche Schusswaffen abzuliefern habe. Auf den Protest der Stadtverwaltung hin erging schließlich die Mitteilung, daß der Befehl zurückgezogen werde. Die Polizei könne ihre Waffen behalten. Gestern nachmittags 4 Uhr erhielt die Stadtverwaltung neuerdings

von dem französischen Oberdelegierten die Mitteilung, daß werden ein Armeebefehl erlassen sei, daß auf Sonderbündler nicht geschossen werden dürfe. Die französische Gendarmerie sei zur Beobachtung der Vorgänge in Bonn bereit gestellt, um festzustellen, wer bei etwaigen Zusammenstößen zuerst schießen würde. Von französischer Seite wurde dabei betont, daß die Sonderbündler unbewaffnet auftreten. Französisches Militär lege zu sofortigen Eingriffen bereit. Nach sicheren Informationen beabsichtigten die Sonderbündler, ihre Truppen sammeln und mit Karabinern bewaffnen. Sie gehen nach 2 Uhr gewalttätig aller öffentlichen Gebäude Bonn zu bemächtigen. Infolge des französischen Schießverbots ist die deutsche Polizei fast machtlos.

In Köln. Nach hier eingelangten Nachrichten haben in der vorvergangenen Nacht in Rhendt und Rrefeld große Menschenansammlungen stattgefunden. Mit dem Versuch, die rheinische Republik auszurufen, ebenso in Mäntchen und Laubach. Die Lage ist überall unruhig. Die Menschenansammlungen dauern an. In Mäntchen-Gladbach hat die Polizei die Gewalt und die Gebäude noch fest in der Hand. In Koblenz finden Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Oberbürgermeister statt. Der Oberbürgermeister hat erklärt, daß er nur eine deutsche Regierung anerkennen könne und nur der Gewalt weichen werde. In Rrefeld haben die Sonderbündler von der Feuerwache unter Vorhaltung von Revolvern ein Auto requiriert.

In Eschweiler. Sonntag nachmittags existierten einige Abteilungen der sogenannten Rheinischen Republik bei der hiesigen Stadtverwaltung und dem geschäftsführenden Beigeordneten der Stadt, um mit diesem über die Errichtung einer Rheinischen Republik zu verhandeln, worüber ihnen weitere Anweisungen zu geben wurden. Sowohl die Polizeiverwaltung als auch die städtische Verwaltung befinden sich noch fest in den Händen der bisherigen Verwaltung. An der Volkswache steht allerdings ein sonderbündlerischer Posten.

In Erkelenz. Gestern morgen wurde auf dem hiesigen Landratsamt sowie auf dem Bürgermeisterei die Fahne der sogenannten Rheinischen Republik durch eine etwa 15 bis 20 Mann starke bewaffnete sonderbündlerische Gruppe gehißt. Beide Verwaltungen stehen unter sonderbündlerischer Bewachung. In Neuh ist alles ruhig, ebenso in Engelskirchen.

In Stolberg. In Bilsdorf bei Stolberg sind Polizei und Bürgermeisterei durch Sonderbündler in Verwaltung genommen worden.

In Frankfurt. Wie auf Anfrage in Großenhain mitgeteilt wird, ist entgegen anderslautenden französischen Meldungen dort alles ruhig.

England zur Bewegung.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die britischen Behörden wollten weder politische noch administrative Anruhen innerhalb der Besatzungszone. Sollten die Separatisten auf dem Eindringen in die britische Zone bestehen, so würde sich General Goble und die britische Regierung veranlaßt sehen, eine sehr wirksame Entscheidung zu treffen. Alle politischen und sozialen Anruhen, die im besetzten Gebiet außerhalb der britischen Zone ausbrechen, könnten nur die Entschlossenheit der britischen Behörde stärken, ihre eigene Autorität aufrechtzuerhalten und diese Autorität nicht dadurch zu schwächen, daß man sie teilt, auf jeden Fall nicht, bis eine allgemeine Regelung erstellt sei.

Die Reichsregierung an den Vorkäufen.

Die Reichsregierung beschloß sich gestern in einer Kabinettsitzung mit den Vorkäufen in Bayern und im Rheinlande. In der bayerischen Angelegenheit bleibt es bei dem Entschluß des Kabinetts, die Frage dem Reichsrat, der morgen zusammentreten wird, zu unterbreiten. Was die Vorkäufe im Rheinland betrifft, herrscht in maßgebenden Kreisen die Auffassung, daß die Masse der Bevölkerung des Rheinlandes nach wie vor jede separatistische Bewegung ablehnt. In diesen Tagen werden sich Vertreter der Reichsregierung an die Grenze des besetzten Gebietes begeben, um dort mit Vertretern der rheinischen Bevölkerung in Verbindung zu treten.

Entspannung zwischen Bayern und dem Reich?

Die Reichsregierung hat nach dem Kabinettsrat am Sonntag durch die Presse verkündet lassen, daß die Lage, die durch das bayerische Vorgehen geschaffen worden sei, eine entscheidende Entspannung erfahren hat. Sie sieht diese Entspannung darin, daß die bayerische Regierung die bayerische Reichswehr nicht neu verweigert, sondern nur nach Vorlesung des Auftrufs in Blick genommen hat. Ferner wird als Entspannung angesehen, daß die bayerische Regierung keinen Bruch der Reichsverfassung beabsichtigt, sondern ausdrücklich betont habe, daß ihre Maßnahmen nach ihrer Auffassung in vollem Einklang mit der Reichsverfassung ständen. Hebrigens hat das bayerische Gesandte v. Arger erklärt, daß Bayern nicht daran denke, die Reichseinheit irgendwie zu erschüttern. Man glaubt daher, den

Streitfall dem Reichsrat zur Entscheidung unterbreiten zu können, wogegen Bayern keine Bedenken erheben habe.

Ob die Regierung selbst von der von ihr behaupteten Entspannung überzeugt ist, oder ob es ihr nur um der außenpolitischen Räte willen darum zu tun ist, den innenpolitischen Boden für einige Zeit zu dämpfen oder zu verfrachten — jedenfalls ist der gesunde Ausweg dazu anzusehen, der Aufhebung Bayerns gegen das Reich etwas von seiner Schärfe zu nehmen und einen Ausgleich anzubahnen. Freilich wird man den Beratungen des Reichsrates mit nicht allzu großen Hoffnungen entgegenzusehen können. — Denn wenn Bayern überstimmt werden sollte, so bleibt ihm immer noch die Möglichkeit, sich nicht zu fügen, was es mit großer Wahrscheinlichkeit auch tun wird. Entscheidet aber der Reichsrat gegen die Regierung, so ist das Koalitionsministerium, gegen das sich angelehnt der bayerische Vorkauf richtet, unhaltbar geworden. Für Bayern handelt es sich, wie aus den Umständen sowohl der bayerischen Realisationsvertreter als der bayerischen Volkspartei immer klarer hervorgeht, nicht um den Fall Losow, sondern um einen Vorkauf gegen die Weimarer Verfassung, die Bayern einen guten Teil seiner früheren Selbständigkeit und seiner Sonderrechte genommen hat. Man wird verstehen, nicht nur die Oberhoheit über das bayerische Meer, sondern auch die Oberhoheit über Post und Eisenbahn und einen guten Teil der Steuerrechte zurückzuerhalten. Das wäre aber eine Verfassungsänderung, die der heutige Reichstag auf seinem Fall mit der nötigen Zweidrittelmehrheit beschließen würde, also eine Verfassungsänderung, die eine Reichstagsauflösung und wahrscheinlich auch einen Kabinettswechsel zur Voraussetzung hätte. Mit den bayerischen Vertretern, daß Bayern nichts gegen die Reichswehr und gegen die Reichsregierung unternehmen wolle, ist schwer zu verstehen, daß der Befehl des Oberkommandierenden der Reichswehr der General Seidt in Bayern nicht veröffentlicht werden durfte und ein Platz, das ihn doch brachte, sofort beschlagnahmt wurde. Die Regierung dürfte sich täuschen, wenn sie glaubt, daß Bayern sich mit einem Kompromisse wie bisher einverstanden erklären wird. Man ist in Bayern entschlossen, ganze Arbeit zu machen und sieht sich nicht nur zur Verfassungsänderung, sondern zur Rettung Deutschlands berufen. Eine hervorragende politische Persönlichkeit, die soeben aus Bayern zurückkam und mit den Machthabern eingehende Unterhaltungen gepflogen hatte, versichert, daß er jede Verhandlung Bayerns mit einem sozialistischen Kabinette oder eines Koalitionskabinetts für völlig aussichtslos halte.

Die Verpflichtung

der bayerischen Truppen ist erfolgt.

Die Verpflichtung der bayerischen Reichswehrtruppen in sämtlichen bayerischen Standorten ist in der Weise vor sich gegangen, daß den Reichswehrtruppen der Kommandeur des Reichs der bayerischen Staatsregierung bekanntgegeben wurde. Die Verpflichtungsformel lautete folgendermaßen: Ein Grund des mir vorgelesenen Auftrats der bayerischen Staatsregierung bekennt ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Truppenführer des Deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Reichs einverleibt bin und erneuere meine Verpflichtungen zum Gehorsam gegen meine Vorgesetzten.

Die übrigen Truppen des bayerischen Reichswehrrangdienstes wurden die Truppenteile der Münchener Garnison gestern vormittag nach Verlesung des von der bayerischen Staatsregierung bekanntgegebenen Auftrats verpflichtet. Die Verpflichtung nahm der Stadtkommandant General v. Panzer im Hofe der Kaserne des früheren 2. Infanterie-Regiments vor, wo die Truppen in voller Ordnung Aufstellung genommen hatten. Nach einer Ansprache des Generals v. Losow intellierte die Musik das Deutschland. Dem Schluß des feierlichen Aktes, der ohne Störung vor sich ging, bildete ein Vorbeimarsch der Truppen vor General v. Losow.

Tagebefehl an die Truppen des Wehrrangdienstes 1.

Der Befehlshaber im Wehrrangdienst 1 gab folgenden Befehl als Zusatz zum Erlass des Chefs der Heeresleitung: Tagesbefehl an die Truppen im Bereich des Wehrrangdienstes 1. Die Ehrfurcht des Reiches und der militärischen Ehre erfordern Gehorsam den Befehlen unterer oberer militärischen Vorgesetzten. Das jeder Angehörige der oberschützen ersten Division und der in ihrem Bereich untergeordneten Truppen des Reichsheeres und der Reichsmarine dies beherzigen und befolgen wird, bedarf keines weiteren Wortes.

Von Dassel, Generalleutnant, Kommandeur der ersten Division und Befehlshaber im Wehrrangdienst 1.

Protektionsbedingungen gegen den Schritt der bayerischen Regierung.

Der bayerische Beamtenbund hat an den Reichsfiskus ein Telegramm geschickt, in dem er sich tiefes Bedauern über den zwischen Bayern und dem Reich ausgebrochenen Konflikt ausdrückt. Der Bund hoffe auch in dieser Stunde noch ganz besonders mit Rücksicht auf das Verbleiben der Fiskal bei Bayern und beim Reich, daß die Herrschaft des Einbernehmens zwischen Bayern und dem Reich mit allen irgend denkbaren Mitteln herbeizuführen gesucht werde, und behalte sich nach Erhalt authentischer Mitteilungen über die staatspolitische Lage vor, sachlich Stellung zu nehmen.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale Partei) in Bayern erläßt folgenden Aufruf: Solltet baldigst Reichsminister Brüning in seinen Grundbesetzen. Was eine Welt von Feinden nicht ver-